

*Volksbund Forum*

---

# Deutsche Erinnerungskulturen seit 1945

und der Volksbund  
Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Rolf Wernstedt

Volksbund Deutsche  
Kriegsgräberfürsorge e.V.



---

**Versöhnung über den Gräbern  
Arbeit für den Frieden**



Volksbund *Forum*  
.....

Deutsche  
Erinnerungskulturen  
seit 1945

und der Volksbund Deutsche  
Kriegsgräberfürsorge e. V.



# Gliederung

Vorwort	7
I. Argumentative Ausgangslage	11
II. Erinnerungskulturen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945	21
1. Allgemeines zum Verständnis von Erinnerung und Gedächtnis und ihrer Rolle in Deutschland	23
2. Die ersten Opfer (politisch/rassisch Verfolgte und geistig Behinderte)	29
3. Die folgenden Opfer	36
a) Die Vertriebenen	36
b) Die Ziviltoten (Bombenopfer, Vergewaltigte etc.)	40
c) Die Opfer des Stalinismus	41
d) Die Zwangsarbeiter	43
e) Die Soldaten als Kriegsgefangene	45
f) Die Soldaten als Gefallene (privater und öffentlicher Tod)	48
4. Bedeutung der verschiedenen Erinnerungskulturen in Deutschland	58

III. Schlussfolgerungen für die zukünftige Arbeit des Volksbundes	61
1. Klassische Aufgaben	63
2. Bildungsaufgaben	64
3. Europäische Erinnerungskulturen	65
4. Modernes Gedenken	67
IV. Anmerkungen	69
V. Literatur	77
VI. Weitere Publikationen des Volksbundes	85





# Vorwort

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist seit seiner Gründung einer der Träger der Gedenk- und Erinnerungskultur in Deutschland. Mit seiner Arbeit, die immer auch den Versuch beinhaltet, Teile der Vergangenheit im Bewusstsein zu halten und gezielt zu vergegenwärtigen, will der Volksbund den Prozess der Entwicklung einer demokratischen europäischen Gedenkkultur unterstützen.

Die Arbeit des Volksbundes nimmt in allen ihren Aspekten immer Bezug auf das Kriegsgrab. Mit diesem Ansatz unterscheidet er sich deutlich von anderen Trägern der Gedenk- und Erinnerungskultur. Sein Auftrag ist es, die Kriegsgräber zu erhalten und zu pflegen – nicht nur als selbstverständliche menschliche Pflicht gegenüber den Kriegstoten und ihren Angehörigen, sondern auch als eindringliche Mahnung zu Verständigung, Versöhnung und Frieden.

Kriegsgräberstätten durchlaufen derzeit eine Veränderung ihrer Bedeutung. Wurden sie in den vergangenen Jahrzehnten in erster Linie als Orte der Trauer und des individuellen Gedenkens betrachtet, werden sie zunehmend zu Lernorten, kulturellen Gedächtnisspeichern, Orten internationaler Begegnung – und pädagogischer Ressource als Mahnmale für den Frieden.

Kriegsgräberstätten werden damit zum Spiegelbild oft recht unterschiedlich begründeter und inhaltlich gestalteter demokratischer Gedenk- und Erinnerungskulturen

im zusammenwachsenden Europa. Sie sind Orte eines Gedenkens, das nur funktionieren kann, wenn sie zugleich Erinnerungsorte der Geschichte sind. Daraus folgt: Es geht bei der inhaltlichen Arbeit mit Kriegsgräberstätten auch um die Bewahrung des Gedenkens.

Der Volksbund leistet Beiträge zur öffentlichen Gedenkkultur in erster Linie durch die praktische Arbeit mit und an den Kriegsgräberstätten sowie an Gedenktagen – wie dem Volkstrauertag. Auch die Archivierung von Informationen, deren Aufarbeitung und Bereitstellung als eigener Beitrag zur öffentlichen Diskussion gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Der inhaltlichen Ergänzung dieses Ansatzes dient die im Jahr 2008 begründete Buchreihe Volksbund *Forum*, deren zweiter Band hiermit vorgelegt wird. Sie dient der Dokumentation inhaltlicher Reflexionen zum komplexen Themenfeld der europäischen Erinnerungs- und Gedenkkulturen. Volksbund *Forum* soll Denkanstöße zur inhaltlichen Weiterentwicklung der Arbeit des Volksbundes aufnehmen und Plattform für den fruchtbaren Austausch von Ideen und Erkenntnissen werden.

Die Inhalte stehen deshalb in alleiniger Verantwortung der Autorinnen und Autoren. Sie beschreiben, obwohl sie selbstverständlich damit im Zusammenhang stehen, weder die strategische noch die aktuelle inhaltliche Ausrichtung der Arbeit des Volksbundes.

*Thomas Rey, M.A.*





# I. Argumentative Ausgangslage



Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge arbeitet im Auftrage der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages.

Bezogen auf den Zweiten Weltkrieg – der Erste Weltkrieg ist in diesem Zusammenhang relativ bedeutungslos, zumal nach der Kontroverse um Fritz Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht“ in den 60er Jahren die historischen Fragen nicht mehr kontrovers diskutiert werden – hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD und der FDP am 15. Mai 1997 erklärt:

**„Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.“<sup>(1)</sup>**

Die Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90 – Die Grünen und der PDS galten anderen Passagen des Beschlusses, so dass man von einer einstimmigen Beschlusslage des Parlaments zu dem zitierten Satz sprechen kann. Diese Aussage befand sich damals und befindet sich heute auf der Höhe der nationalen und internationalen historischen Forschung, wobei wir heute noch vertieftere, weil detailliertere Erkenntnisse besitzen.

Dieser Satz ist die argumentative Ausgangslage, von der aus der Volksbund seine Arbeit zu gestalten hat.

Der zitierte Satz aus einer Bundestagsentschließung enthält mehrere Begriffe, die wiederum bestimmte Impli-

kationen haben, über die man differenziert Bescheid wissen muss. Sie sollen kurz erläutert werden.

## 1. „Angriffs- und Vernichtungskrieg“

Angriffskriege hat es zu allen Zeiten gegeben. Nach dem Ersten Weltkrieg hat es mehrere Versuche gegeben, den Angriffskrieg völkerrechtlich zu verbieten. Im sogenannten Briand-Kellogg-Pakt vom 27. August 1928 verpflichteten sich die 15 unterzeichnenden Staaten, darunter auch Deutschland, den Angriffskrieg als Instrument der nationalen Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen auszuschließen. Insofern war der Zweite Weltkrieg auch nach damaligem geltendem Recht völkerrechtswidrig. Angriffskriege waren im Bewusstsein der Bevölkerung immer negativ besetzt. Deshalb haben im europäischen Raum die Angreifenden seit der Römischen Antike fast immer versucht, ihre Angriffe als Verteidigung im Sinne irgendeiner Prävention zu kaschieren.

An der Qualität des Zweiten Weltkrieges als eines deutschen Angriffskrieges kann es keine Zweifel geben. Auch die heute noch in manchen Diskussionen herangezogene Meinung, der Versailler Friede und die Politik der Alliierten hätten wesentlich zur Entstehung des Zweiten Weltkrieges beigetragen, wird als sozialpsychologisch wirkendes Entlastungsargument verstanden, kann aber den Charakter des Zweiten Weltkrieges als Angriffskrieg und damit der Alleinschuld Deutschlands nicht in Frage stellen. (Der Krieg im fernen Osten wird hier nicht näher betrachtet.)

Die These hingegen, dass es sich beim Angriff auf die Sowjetunion im Jahre 1941 um einen Präventivschlag gehandelt habe, findet auch in den russischen Quellen, die sich sowjetischen militärischen Konzeptionen widmen, keine Anhaltspunkte.<sup>2)</sup>

In Verbindung mit dem vor allem im Osten und Südosten Europas gegenüber den slawischen Völkern erklärten „Vernichtungskrieg“ gewinnt der Charakter des Zweiten Weltkrieges erst seine moralische Tiefendimension. Völker zu überfallen, um sie als Ganze, wie die Juden und Sinti und Roma, oder in ausgewählten sozialen Schichten auszurotten, ist ein Spezifikum der deutschen Kriegsführung. Noch die einfachsten Soldaten glaubten, es bei den Polen oder Russen mit Völkern minderen kulturellen Standards zu tun zu haben. Der Gebrauch der Vokabel „Untermenschen“ war nicht allein auf die überzeugten Nationalsozialisten beschränkt.

In derselben Entschliebung des Bundestages heißt es auch: „Was ein Soldat tut, ist nicht zu lösen von Zielsetzung und Moral seiner Führung. Vaterlandsliebe und Tapferkeit können missbraucht werden; sie sind Tugenden, wenn sie darauf gerichtet sind, Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit zu bewahren oder zu schaffen.“

Die systematische Vernichtung von Völkern, um billige Arbeitssklaven und nach deren Vertreibung Siedlungsland zu haben, ist unter gar keinen Umständen zu rechtfertigen. Die wissenschaftlich vorbereitete Räumung weiter Teile Polens und der Sowjetunion, wie sie im Generalplan Ost zum Ausdruck kam, war die Zukunfts-

projektion des Krieges. Der Generalplan Ost sah vor, fünf Millionen Deutsche im annektierten Polen und im Westen der zu erobernden Sowjetunion anzusiedeln. Millionen slawischer und jüdischer Bewohner sollten versklavt, vertrieben oder ermordet werden.<sup>3)</sup>

## **2. „vom nationalsozialistischen Deutschland“**

Es wird nicht pauschal vom deutschen Volk geredet, sondern von der NS-Führung und von denen, die das nationalsozialistische Gedankengut und die daraus resultierende Politik für richtig hielten. Das ist im Einzelfall schwierig nachzuweisen, ermöglicht aber eine notwendige Differenzierung. Diese Formulierung gestattet es nicht, nur von wenigen Mitläufern zu reden oder gar nur der „Dämonie des Führers“ die gesamte Verantwortung für die Politik des Nationalsozialismus zuzuschreiben.

## **3. „verschuldetes“**

Der Vorwurf der Schuld kennt keinen Zweifel an der Urheberschaft eines Ereignisses. Es ist bei der Benutzung des Schuldbegriffs zu unterscheiden zwischen konkret angebbarer persönlicher und eventuell gerichtlich zu ahndender Schuld und der Schuld einer politischen oder militärischen Führung, die einem geschichtswissenschaftlichen, politischen und sogar einem moralischen Urteil zugänglich ist. Dass es in Deutschland vielfache Ursachen gab, die die Herrschaft des Nationalsozialismus erst möglich machten, ist wissenschaftlicher und politischer Standard. Die unverarbeitete Geschichte

des verlorenen Ersten Weltkrieges mitsamt der Dolchstoßlegende und dem als ungerecht beurteilten Versailler Vertrag, die ungelösten sozialen Fragen und die Weltwirtschaftskrise, die fortwirkende Kraft und Zuspitzung des Antisemitismus, die Gewaltbereitschaft der Kommunisten und Nationalsozialisten, die antidemokratische Haltung weiter Teile der deutschen Eliten, die schwindende Kraft der demokratischen Parteien der Weimarer Republik und anderes ergaben ein komplexes Gemisch von Ursachen für die Machtübertragung an die Nationalsozialisten.

Beide Formen wiederum sind zu unterscheiden von der schon im Wintersemester 1945/46 von dem Philosophen Karl Jaspers an der Universität Heidelberg aufgeworfenen Frage einer Kollektivschuld der Deutschen am Nationalsozialismus und am Zweiten Weltkrieg.<sup>4)</sup>

Mit Ausnahme rechtsradikaler Kreise hat sich die deutsche Gesellschaft in Übereinstimmung mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen und den moralischen Prinzipien unserer Gesellschaft darauf verständigt, als Lehre aus dem Jahren 1933 bis 1945 von der allgemeinen Verantwortung der Deutschen für die Zukunft zu sprechen und in diesem Sinne eine besondere Friedensverpflichtung der Deutschen zu reklamieren. Diesem Verständnis hat sich der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge seit seiner Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden gefühlt und deshalb als Richtschnur seines Selbstverständnisses das Motto „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“ gewählt.

#### 4. „Verbrechen“

Gemeint sind damit konkrete Mord- und Verfolgungsaktionen, die über die Tötungserlaubnis in Kampfhandlungen hinausgingen und in die auch die deutsche Wehrmacht teilweise verstrickt war. Wen die Vorwürfe treffen, muss im Einzelfall nachgewiesen werden. Die millionenfachen Mordaktionen an den Juden, den Sinti und Roma, an Kriegsgefangenen und anderen sind die verbrecherische Einzigartigkeit der deutschen Politik und ihrer Vollstrecker.

Sie waren auch nach damals geltendem Kriegsvölkerrecht verboten, ganz zu schweigen von den Erschießungen durch die sogenannten Einsatzgruppen oder die „Schwarze SS“ in den Konzentrationslagern. Selbst in der rechtlich umstrittenen Frage der sogenannten Partisanenbekämpfung gab es andere Methoden als die Massentötungen von Geiseln jeden Alters und Geschlechts. Daraus hat sich eine makabre Diskussion entwickelt, wie hoch die Zahl von erschossenen Geiseln für verwundete oder getötete deutsche Soldaten sein dürfe.

Die Diskussion der deutschen Verbrechen macht es nicht überflüssig, auch von alliierten Kriegsverbrechen zu reden. Es kommt nur darauf an, den historischen Wirkungs-Zusammenhang nicht zu verschweigen und keine falschen Entlastungsargumente der Verantwortung finden zu wollen.

Die häufig zu findende, die deutsche Schuld relativierende Argumentationsfigur, dass der Krieg ja viele Väter

habe, wird von keinem seriösen Historiker vertreten. Sie wird meist von rechtsradikaler Seite verwandt, wobei der Irrtum verbreitet wird, dass eine wissenschaftliche Kontroverse beliebige Richtigkeiten enthält. Diese Haltung ermöglicht es, eine vorgefasste Meinung nie revidieren zu müssen. Sinn historischer Forschung ist aber, dass neue Erkenntnisse auch zu Revision von Irrtümern führen.

Es gibt auch unsinnige, scheinbar wissenschaftliche, aber sehr durchsichtige politisch motivierte Kontroversen. Die Holocaust-Leugnung ist solch ein Fall. Forschung aber hat es mit der Klärung von Sachverhalten zu tun. Und die Alleinverantwortlichkeit für den Zweiten Weltkrieg ist so klar, dass jede Relativierung nur politisch verstanden werden kann.



## II. Erinnerungskulturen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945



Nachfolgend wird von den Westzonen und der alten Bundesrepublik bis 1990 ausgegangen. Die unter sowjetischem Einfluss stehende Erinnerungspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR bedarf einer gesonderten Betrachtung.

## **1. Allgemeines zum Verständnis von Erinnerung und Gedächtnis und ihrer Rolle in Deutschland**

Wer heute über Erinnerungskulturen in Deutschland redet, darf an dem 2006 erschienen Buch „Der lange Schatten der Vergangenheit“ von Aleida Assman nicht vorbeigehen.<sup>5)</sup> Die Ergebnisse ihrer hervorragenden systematischen Darstellung über Gedächtnis und Erinnerung, vor allem am Beispiel der deutschen Erinnerungsdiskurse nach 1945, sind inzwischen Standard.

Allerdings hat die Autorin die besonders prekäre Stellung der deutschen Soldaten in der Erinnerungskultur nicht strukturell analysiert, obwohl ihre Arbeit nahezu alle Argumente und Kriterien enthält, um dies aufarbeiten zu können. Darauf gehe ich noch unten ein.

Ich glaube, dass es für die Kommunikation und das Verständnis der Erinnerungsarbeit in Deutschland nach 1945 nützlich ist, nicht von der deutschen Erinnerungskultur (im Singular), sondern von verschiedenen Erinnerungskulturen (im Plural) zu sprechen. Denn erst mit der Thematisierung der einzelnen Erinnerungskulturen und ihrer Träger lässt sich präziser fassen, welche politische und individuelle Bedeutung diese Pluralität hat.

Aleida Assmann unterscheidet in Aufnahme des Forschungsstandes sehr hilfreich zwischen dem individuellen, sozialen, kulturellen und politischen Gedächtnis und ihren gegenseitigen Verschränkungen und Bedingungen. Dabei scheint mir ein elementarer Befund sehr erhellend, den jeder kennt: In der Regel umfasst das unmittelbare Gedächtnis den Familienrahmen und dauert etwa drei Generationen, die direkt oder indirekt miteinander Kontakt haben, voneinander wissen und sich untereinander austauschen. Dieses Drei-Generationen-Gedächtnis hat eine erhebliche Dynamik, da natürlich im Wechsel der Dominanz der jeweiligen Generation neue Fragestellungen entstehen und der totale Transfer der Erfahrungen und Erlebnisse, der Wertungen und Haltungen nie ganz gelingen kann. Dies produziert die gewöhnlichen Generationenkonflikte, die umso stärker sind, je dynamischer sich eine Gesellschaft entwickelt. Dies gilt auch für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

### **Woran erinnerte sich in Deutschland wer nach dem Zweiten Weltkrieg?**

Das individuelle Gedächtnis ist durch Tradierung selbst erlebter und im familiären und nachbarschaftlich-beruflichen Umfeld überlieferter Erlebnisse und Erzählungen bestimmt. Auch wenn es dem Einzelnen so scheint, ist dieses Gedächtnis nicht statisch, sondern verändert sich im Laufe eines Lebens. Vieles wird umgewertet, manches geht verloren, diverses schlummert, einiges wird hinzugefügt. Es ist noch nicht vollständig erforscht, welche Rolle hierbei auch das Unbewusste spielt. Die Behauptung, etwas sei mit Bestimmtheit so gewesen,

gewinnt im Laufe eines Lebens immer mehr an Gewissheit. Das geschieht auch dann, wenn der konkrete Inhalt aus irgendwelchen Gründen bewusst geschönt, verharmlost, dramatisiert oder verzeichnet wird.

In das individuelle Gedächtnis wirken, auch wenn das dem Einzelnen gar nicht bewusst ist, soziale Muster, kulturelle Standards und politische Bewertungen mit hinein. Dort, wo soziale Ereignisse (zum Beispiel Familienfeste, Sportereignisse, Konzerte, Theater, Feste) oder politische Aktionen (zum Beispiel Krieg, Steuer- oder Krankheitskosten) in das individuell erlebte oder verstandene Leben wirken, geht das Gedächtnis über sich hinaus und wird Ausdruck eines allgemeinen Zusammenhangs, dessen Gestalt wechselt, dessen Rezeption unterschiedlich ist und dessen Geltung verschieden stark ist. Jede Generation bestimmt das Verhältnis dieser Faktoren zueinander neu.

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist für alle Zeitgenossen ein Ereignis von individueller Teilhabe an einem gesamtpolitischen Vorgang. Sie ist für die danach geborenen zwei Generationen ein Faktum, das sie sich durch familiäre Erzählungen, durch schulische Unterweisung, durch mediale, kulturelle, wissenschaftliche oder kommunikative Formen aneignen. Die Zeitgenossen, also die sogenannte Erlebnisgeneration, beanspruchen für ihre individuelle Erfahrung und Erinnerung und deren Bewertung in der Regel eine dominante und unverrückbare Geltung. Damit umzugehen ist nicht einfach. Denn ob das Gesagte und Bewertete richtig oder akzeptabel ist, erschließt sich nicht automatisch. Meist

wird den Erzählenden aus der Familie das Vertrauen geschenkt, dass es sich um die Wahrheit handelt. Diese zu leugnen oder nicht ernst zu nehmen versperrt den Weg zu einer rationalen und intergenerativ übertragbaren Verstehensebene. Sie aber nur affirmativ zu behandeln, reicht auch nicht.

Jede historische, politologische, psychologische oder technisch-organisatorische Theorie und Allgemeinaussage muss, will sie die Chance einer Akzeptanz bei Zeitgenossen haben, so gestaltet sein, dass sie der individuellen Erinnerung ihr Recht einräumt. Tut sie das nicht, wirken solche Erinnerungen dennoch weiter und können auch zu sehr unliebsamen Erscheinungen, politischen Aktionen oder kruden Rechtfertigungen führen. Das impliziert aber, dass man den Nachweis von Konstruktion, Beschönigung, Verschleierung oder sogar Schuld führen muss.

Die neuesten Forschungen und Erkenntnisse über Traumatisierungen legen es nahe, dass wir es nicht nur mit einem politischen und historischen, sondern auch mit einem psychologischen Phänomen zu tun haben.<sup>6)</sup> Da es sich hierbei um familiär sehr sensible Bereiche handelt, bedarf es eigentlich einer langen Übung und Sprachfähigkeit. Die persönlichen und familiär vermittelten Erfahrungen des Krieges sind deswegen in Deutschland die unmittelbare Anknüpfungsebene für das Gedächtnis der Bevölkerung. Das betrifft die Soldaten (13 bzw. 18 Millionen) und ihre Familien, die Vertriebenen (12 bis 13 Millionen), die Bombenopfer (etwa 600 000) und alle die Ungezählten, die in Bunkern oder

Kellern überlebten. Nimmt man die Millionen Verwundeten, Vergewaltigten und aus ihren individuellen Lebenszusammenhängen Gerissenen hinzu, kann man ohne Detailnachweis feststellen, dass es in Deutschland wohl keine Familie gab, die nicht ihre eigenen besonderen Kriegserlebnisse hatte und darauf Bezug nehmen konnte.

Es ist daher umso erstaunlicher, dass in den Familien offenbar mehrheitlich höchst selektiv (zum Beispiel über sogenannte Landsererlebnisse oder über Vertreibungsgeschehen) oder überhaupt nicht über die konkreten Erlebnisse berichtet wurde, und vor allem, dass über den politischen Zusammenhang und die eigene Rolle geschwiegen wurde.<sup>7)</sup>

Erst die großen KZ-Prozesse um die Vernichtungsmaschinerie in Auschwitz, Majdanek und anderswo, dann die Fragen der Studentengeneration der 60er Jahre brachten den großen und historisch einmaligen Skandal der deutschen NS-Herrschaft auf den Begriff: den Angriffskrieg im Osten als Vernichtungskrieg mit unzähligen Opfern geführt und in diesem Gefolge auch die systematische industrielle Vernichtung der Juden, Sinti und Roma in ganz Europa und teilweise darüber hinaus mit insgesamt über 30 Millionen Toten betrieben und verantwortet zu haben, die Toten im Zusammenhang mit der Kriegführung der Japaner nicht mitgezählt.

Im Schatten des Ost-West-Gegensatzes, der Wiederbewaffnung und des Kalten Krieges konnte die historisch-politische Einordnung dieses strukturell verbrecheri-

schen Unternehmens und seiner persönlichen Verwicklungen und Verantwortlichkeiten einfach unterbleiben. Die Nationalsozialisten hatten in ihrer Propaganda gegen die Sowjetunion einen Boden geschaffen, der es nach den Erfahrungen der letzten Kriegsmonate mit den Vergewaltigungen und Brutalitäten leicht machte, in Zeiten des Kalten Krieges hieran anzuknüpfen und die deutsche Verantwortlichkeit unerwähnt zu lassen.

Wir stehen heute am Ende der Zeit, in der die Zeitgenossen des Zweiten Weltkrieges und ihrer unmittelbaren Folgen noch erzählen und berichten können.

Daher ist zu bedenken, ob und was für die kommenden Generationen weitergegeben werden soll und muss, will man politische Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg wirksam werden lassen. Das ist eine Aufgabe der politischen und historischen Bildung, das ist Aufgabe der bildungspolitischen curricularen Entscheidungen. Das ist Aufgabe der Einzelnen und Organisationen, sich in die Pflicht der Aufklärung und der moralischen Verantwortung nehmen zu lassen.

Wir versuchen damit einen ungeschriebenen Grundsatz partiell zu relativieren, dass jede Generation frei sein muss, ihre eigene Interpretation der Geschichte zu erarbeiten. Wir unternehmen damit den Versuch, den zukünftigen Generationen deutlich zu machen, wie verheerend es für deren eigenes Leben wäre, wenn sie diese Lehren nicht beherzigen würden und über deren politische und mentale Voraussetzungen nicht Bescheid wüssten, wenn sie unfähig wären, darüber unter Be-

rücksichtigung erwiesener Erkenntnisse zu urteilen. Ob dies gelingt, ist nicht sicher. Es muss immer neu befragt und begründet werden.

Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges zu kennen, historisch einzuordnen und in friedensperspektivischer Hinsicht nutzbar zu machen, ist also der Anspruch und die Erwartung.

Dieser Anspruch äußert sich in verschiedenen Formen von Aufklärung, praktischer Arbeit, Diskussion und Begegnung. Der Volksbund ist ein Teil dieser Bemühungen.

Wir haben die Pflicht, für das Andenken der Ermordeten, Geschundenen und Gefallenen zu sorgen und den Angehörigen zu helfen. Darüber hinaus besteht die Aufgabe, für den Frieden einzustehen, weil er sich nicht von selbst erhält.

In den historischen, politischen, juristischen und moralischen Diskussionen der letzten Jahrzehnte hat sich – wissenschaftlich unbestritten – herausgestellt, dass der Zweite Weltkrieg sehr unterschiedliche Formen des Leides und Todes kannte, auch wenn jedes einzelne zerstörte Leben eines zu viel ist und eine eigene Würdigung verdient.

## **2. Die ersten Opfer (politisch/rassisch Verfolgte und geistig Behinderte)**

Ich versuche im Folgenden summarisch die einzelnen Erinnerungskulturen, die in Deutschland existieren, zu nennen und zu bewerten:

Der Zweite Weltkrieg wurde nicht erst am 1. September 1939 durch den deutschen Überfall auf Polen vom Zaun gebrochen. In den Köpfen hat er in der deutschen nationalsozialistischen Führung schon viel früher begonnen, und in weiten Teilen der Bevölkerung gab es keine wirksamen gedanklichen, ethischen, religiösen oder politischen Hemmungen, den Völker verhetzenden und rassistischen Grundlagen der NS-Herrschaft seit dem 30. Januar 1933 zu widerstehen. Die gewerkschaftlich, kommunistisch, sozialdemokratisch, christlich und bürgerlich-demokratisch orientierte Opposition war nicht in der Lage, sich zu organisieren. Der Widerstand war klein, die Gleichgültigkeit groß.

Bevor die Stukas flogen und die Panzer rollten, wurden in deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern politische Gegner gequält und getötet, deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens drangsaliert, ins Ausland getrieben oder getötet. In Breslau, Königsberg und Stettin waren die ersten Heimatvertriebenen die dort wohnenden deutschen Juden.

Die rassistische Lehre von der Überlegenheit der „arischen Rasse“ und ihres Herrenanspruchs gegenüber Juden, Sinti und Roma und den Völkern Osteuropas mag nicht von allen Deutschen geteilt worden sein. Die Reaktion der Deutschen in der Reichspogromnacht 1938 war unsicher, aber nicht widerständig. Beklemmend ist der Bericht aus dem Kirchenamt der Landeskirche Hannover, als in deren Nachbarschaft die Synagoge in Flammen aufging und niemand auch nur ein Wort zu sagen, geschweige denn zu protestieren wagte.

Rassismus war mit dem Appell an Männlichkeit und Stolz und Überheblichkeitswahn für viele junge Männer bis 1945 hinein attraktiv, wie wir am Beispiel von Günter Grass lernen konnten. Und auch die von uns wegen ihrer moralischen Haltung zu Recht verehrten Teilnehmer des 20. Juli waren nicht selten in den 30er Jahren und darüber hinaus noch überzeugte Nationalsozialisten gewesen.

Es hat sich nach den Forschungen – die noch längst nicht abgeschlossen sind, wie die neuesten Untersuchungen beweisen<sup>8)</sup> – die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Zweite Weltkrieg, was die deutsche Seite angeht, gegenüber allen Kriegen der Neuzeit eine Besonderheit enthält. Die oben zitierte Aussage des Deutschen Bundestages basiert auf diesen Feststellungen. Das nationalsozialistische Deutschland hat demnach nicht nur einen Angriffs- und Eroberungskrieg geführt mit unmittelbar kriegsbasierten Grausamkeiten – das hat es in den letzten Jahrhunderten mehrfach gegeben (Friedrich II. von Preußen mit seinem Angriffskrieg zur Eroberung Schlesiens, Napoleons Kriege, Kolonialkriege usw.). Deutschland hat im Osten (Polen, Russland, Ukraine) einen gegen die Gesamtbevölkerung gerichteten Vernichtungskrieg begonnen und gegen die in seinem Herrschaftsbereich lebende jüdische Bevölkerung die Ausrottung organisiert. Auf die Idee, ethnische und/oder religiöse Minderheiten als Ganze systematisch und in den Lagern industriell zu vernichten, war bis dahin niemand gekommen. (Der Völkermord an den Armeniern 1915ff. durch das jungtürkische Regime hatte noch eine nationalistische Rechtfertigungsebene).

Dieses seit 1979 in Deutschland als Holocaust, unter den Juden als Shoa bezeichnete Massenverbrechen muss für die Deutschen, was sie selbst und ihre Geltung in der Welt angeht, bei jeder Erinnerung und Aufarbeitung der Ausgangspunkt aller Überlegungen sein. Dies ist kein „Opferranking“ und auch keine didaktische Prioritätenliste, sondern der historische Beurteilungsmaßstab.

Die Anerkennung auch der Deutschen als Opfer schmälert keineswegs die Grundsituation der Deutschen als „Volk der Täter“. A. Assmann sagt dazu: „Die Opfererfahrung der Deutschen kann umso eher zur Sprache kommen, je deutlicher die moralischen Koordinaten etabliert und die Erinnerung an die unmittelbaren Opfer des NS-Regimes gefestigt ist.“<sup>9)</sup>

Die primären Opfer der NS-Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges sind daher diejenigen, die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern gequält, ausgenutzt und ermordet wurden. Es waren mehr als sechs Millionen. Dass an sie in Deutschland mit Gedenktagen (unter anderem dem im Jahre 1996 vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführten Holocaust-Gedenktag am 27. Januar in Erinnerung an die Befreiung des KZ Auschwitz) und Veranstaltungen unterschiedlichen Charakters in den Schulen, den Bildungseinrichtungen, den Jugendorganisationen, den Kirchen, Gewerkschaften und Betrieben erinnert wird und in vielen Aktivitäten historischer Kleinforschung die Namen der Opfer festgehalten werden, gehört zum Bestand der deutschen gegenwärtigen Kultur. Es ist ein hart erarbeiteter, durch Wissenschaft erhärteter und gegen manche

Widerstände durchgesetzter Teil des Einvernehmens der demokratischen Parteien und Einrichtungen dieses Landes.

Ihn zu pflegen und zu wahren bleibt Verpflichtung. Dies sollte allerdings nicht in blind ritualisierter und damit gedankenloser Weise geschehen. Jede Generation muss sich die ihr gemäßen Formen solchen Gedenkens selbst erarbeiten, wenn sie begriffen hat, worum es geht. Ein Ritual kann dann sinnvoll sein, wenn es die Umstände und die Räumlichkeiten nahe legen und es noch ausreichend wirkt, um die Gedanken zu sammeln. Welche Funktion dabei Kranzniederlegungen, kulturelle Aktivitäten, Lesungen, Gedenkstättenarbeit, Workcamps und anderes spielen, muss situationsbedingt entschieden werden.

In diese Kategorie der Primäropfer, das heißt der mutwilligen und erklärten Vernichtung von Leben, gehören auch die politisch Verfolgten und die geistig Behindereten, deren Tötung den ersten kirchlichen Protest ausgelöst hatten.

Der Opferstatus für diese Menschen ist unbestreitbar. Die Identifizierung mit ihrem Schicksal ist eine moralisch vergleichsweise einfache Angelegenheit. Dennoch muss man der Wahrheit halber konstatieren, dass in der Zeit des Nationalsozialismus der Masse der deutschen nichtjüdischen Bevölkerung das Schicksal der jüdischen Nachbarn und Kollegen relativ gleichgültig war. Da die Meisten ausgerottet worden sind oder dem Druck durch Emigration wichen, bedarf das Gedenken an sie daher

der ständigen öffentlichen Konstituierung. Es ist keine selbstverständliche Angelegenheit.

Jede Beschäftigung mit dem Zweiten Weltkrieg hat von diesem Schatten auszugehen, der über der militärischen und politischen Ursprungsschuld Deutschlands hinaus existiert. Spätestens seit der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 vor dem Deutschen Bundestag hat dies auch der konservative Teil der Gesellschaft der damaligen Bundesrepublik Deutschland akzeptiert (nicht die Alt- und Neonazis), so dass der massive Revisionsversuch der Wertung der Geschichte des 20. Jahrhunderts durch den Historiker Ernst Nolte im Historikerstreit 1986 sich nicht durchsetzen konnte.<sup>10)</sup> Richard von Weizsäcker hat den Begriff der Befreiung hervorgehoben und damit zu Recht die Begriffe „Stunde Null“ oder „Niederlage“ problematisiert .

Gleichwohl ist damit noch nichts gesagt, wie tief dieses Anliegen in der deutschen Bevölkerung verankert ist. Es muss nachdenklich machen, dass sogar die politische und intellektuelle Elite Deutschlands im Oktober 1998 Martin Walser bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels stehend Ovationen für eine Rede zollte, in der er sich beschwert zeigte, dass immer noch die „Moralkeule Auschwitz“ geschwungen würde. Jeder, der sich in Deutschland zu diesem Problem politisch oder kulturell äußert, sollte sich fragen, ob er seine Rede auch in Auschwitz halten könnte. Könnte er es nicht, sollte er nicht reden.

Mit den Kategorien von A. Assmann kann man noch weiter argumentieren: Weil es an die Primäropfer in den Lagern, Gefängnissen, Tötungsanstalten und kriegerischen Aggressionen häufig keine individuellen Erinnerungen gibt, bleibt in gewisser Weise das Gedenken an die Juden in Deutschland an den reflektierten Willen und die aufgeklärte Trauer gebunden.

Es besteht die Aufgabe, die Erinnerung an diesen konstitutiven Teil der deutschen humanen Katastrophe in seiner Tatsächlichkeit und seinem Stellenwert zu bewahren.

Aufgrund der vielfachen konkreten Arbeit bestehen dafür gute Voraussetzungen, wenn man didaktisch im Auge behält, dass jede Generation sich einen eigenen Zugang dazu erarbeiten muss. Es geht hierbei allerdings nicht nur um die Erinnerung an die sechs Millionen Juden. Angesichts der Eindeutigkeit der historischen Tatbestände ist es für das kulturelle Selbstverständnis der Deutschen in Zukunft wichtig, diesen erreichten Stand der Selbstreflexion zu bewahren. Der Hinweis auf tatsächliche oder angebliche Schuld anderer – häufig als relativierendes Argument gegen deutsche Schuld verwandt – entlastet deswegen nicht, weil die Deutschen zu ihrer eigenen Verantwortung stehen müssen.

Andere Völker mit anderer Geschichte haben diesen Diskurs viel später begonnen oder verweigern ihn bis heute. Dass es in Frankreich keine breite öffentliche Debatte über die Kollaboration, in Kroatien keine über die Verbrechen der Ustascha, in Serbien keine über die Un-

taten gegenüber den Bosniern, in der Ukraine keine über die Hilfskräfte, in Italien keine über die faschistische Begeisterung, in Japan keine über ihre Gräueltaten in China, in Polen keine über den Antisemitismus usw. gibt, entlastet niemanden in Deutschland.<sup>11)</sup>

Es besteht sogar Grund zu der Annahme, dass der vorbehaltlose Schuldiskurs in Deutschland und durch die Deutschen für andere Völker erst die Voraussetzung für die Aufarbeitung ihrer eigenen unaufgearbeiteten Verantwortlichkeiten und Kollaboration schafft.

### **3. Die folgenden Opfer**

#### **a) Die Vertriebenen**

Parallel zu diesem Erinnerungsstrang, der erst spät begann, hat es in der Bundesrepublik immer die Selbsterinnerungsarbeit der Vertriebenen und ihrer Verbände gegeben, die offiziell von der damaligen Bundesregierung mit der umfangreichen Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa unterstützt wurde. Sie ist weiter aktuell, wie man an dem Beschluss der Bundesregierung zur Einrichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen und der Diskussion darüber sehen kann. Die Ausstellung zur Vertreibung im Haus der deutschen Geschichte in Bonn und Berlin im Jahre 2005 und 2006 zeugt von weiter lebendigem Interesse an diesen Vorgängen.

Trotz des Gewaltverzichts wollte den Vertriebenenorganisationen in der alten Bundesrepublik realpolitisch

niemand folgen, wenn zur Durchsetzung des „Rechts auf Heimat“ unkalkulierbare politische Risiken hätten in Kauf genommen werden müssen.

Die millionenfachen schrecklichen Erlebnisse (es waren insgesamt etwa 13 oder 15 Millionen Deutsche, je nachdem, wie man zählt) waren bis in die 70er Jahre unausgesprochen politisch verknüpft mit der Forderung nach dem Offenhalten der Oder-Neiße-Grenze. Dies ist erst mit dem deutsch-polnischen Vertrag von 1991 beseitigt. Allerdings wird das Misstrauen der Russen, Tschechen und Polen durch die Forderungen nach Restitution wach gehalten.

Die Vertriebenenorganisationen waren im Osten ein willkommener Buhmann und im Westen willkommenes „Stimmvieh“. Die Vertriebenen, die sich in der Bundesrepublik und der DDR mit bewundernswerter Tüchtigkeit integrierten und deren Überlebenswille und Neuanfangsorientierung nicht unwesentlich das ökonomische Klima der Nachkriegszeit prägte, wurden von allen Seiten politisch instrumentalisiert.

Mit zunehmender Zeit wurde die Realisierung der politischen Forderungen nach Offenhalten der Oder-Neiße-Grenze und einer eventuellen Rückkehr immer unwahrscheinlicher. Damit wurden sie interessant für parteistrategische Überlegungen. Die CDU-CSU hält es bis heute für selbstverständlich, dass die Mehrheit der Vertriebenen und ihrer Familien zu „ihrer Wählerklientel“ gehört, wie man an der Auseinandersetzung um die Besetzung eines Kuratoriumssitzes im Zentrum gegen Ver-

treibung erkennen kann. Wie lange diese Auseinandersetzung geht, kann man daran erkennen, dass die berühmte Denkschrift der EKD zur Vertriebenenfrage und der Briefwechsel der deutschen und polnischen katholischen Bischöfe schon über 40 Jahre zurückliegt.<sup>12)</sup>

Aus der Rückschau ergibt sich aber auch ein Problem der Würdigung. Warum war es so schwer, die tatsächlich grausigen und traumatischen Erlebnisse und Gefühle der Flucht und Vertreibung auch außerhalb des Kreises der Betroffenen angemessen zu würdigen, ohne in billige Aufrechnungen zu verfallen und ohne das Bewusstsein der Erst- und Gesamtverantwortung Deutschlands zu vernachlässigen?

Die Erinnerung blieb bei den Betroffenen. Ihre Geschichte wurde oft auch von der aufnehmenden Bevölkerung als lästig empfunden. Die Aufnahmebereitschaft war durchaus nicht vom Solidaritätsgefühl eines gemeinsam verantworteten Krieges getragen. Die Vertriebenen (in der DDR euphemistisch „Umsiedler“ genannt) hatten nicht zu Unrecht das Gefühl, dass sie durch den Krieg härter bestraft worden waren als die Bewohner im verbliebenen Deutschland.<sup>13)</sup>

Es war offensichtlich nicht möglich, über das Leiden zu reden, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, politische Zwecke zu verfolgen (Grenzfrage) oder die Unsäglichkeit des Angriffskrieges und den Skandal der Verfolgung und des systematischen Völkermords relativieren zu wollen. Es bleibt ein komplexes Argument, den unmittelbaren Zusammenhang von deutscher Anfangsschuld

und Vertreibungserleben und vielfachem Tod zu formulieren, wo millionenfach persönlich unschuldige Menschen betroffen waren.

Das Aufsehen, das Günter Graß mit seiner Novelle „Im Krebsgang“ im Jahre 2002 erregte, ist wohl dem Umstand geschuldet, dass ein ausgewiesener prominenter „linker“ Schriftsteller und einziger lebender deutscher Nobelpreisträger für Literatur, das heißt ein politisch Unmissverständlicher (im Gegensatz zu Martin Walser), die fürchterliche kriegsverbrecherische Torpedierung der „Wilhelm Gustloff“ schilderte und mit der Schilderung so etwas wie die Anerkennung von Leidenserfahrungen für die Betroffenen außerhalb des Kreises der Betroffenen erwirkt hat. Der inzwischen im Fernsehen gezeigte Film hatte eine überdurchschnittliche Zuschauerzahl. Man sollte aber im Kopf haben, dass in denselben Tagen (26. bis 31. Januar 1945) nur 100 Kilometer entfernt die letzten 5 000 aus den KZ-Außenlagern in Königsberg zusammengetriebenen ostpreußischen Juden auf den Fußmarsch nach Palmnicken geschickt und auf dem Eis der Ostsee erschossen wurden.<sup>14)</sup>

Die Trauer und die Tränen über die mit der „Wilhelm Gustloff“ in den Tod geschickten Frauen, Kinder und Alten sollte diese Juden mit einbeziehen. Erst dann wird das ganze Elend nicht nur in der menschlichen, sondern auch der politischen Dimension deutlich. Mit dieser Anerkennung könnte es gelingen, diesen Teil der Erinnerung für alle sprechbar, gleichsam ausdrückbar zu machen, ohne in eine Mentalität des „Opferrankings“ zu geraten.

Es geht schließlich nicht nur um 13 oder 15 Millionen Deutsche, sondern auch um Millionen Menschen aus Polen, den baltischen und Balkanländern.

## **b) Die Ziviltoten (Bombenopfer, Vergewaltigte etc.)**

Wiederum parallel zu der Vertriebenenproblematik gibt es seit einigen Jahren eine wissenschaftliche und öffentliche Thematisierung der deutschen Ziviltoten, vor allem der Bombenopfer. Das Buch von Jörg Friedrich hat daran entscheidenden Anteil.<sup>15)</sup>

Ich glaube, es gehört zur politischen Hygiene einer Gesellschaft, über solche Erfahrungen reden zu lernen und damit frei zu werden für weitergehende, das heißt in die Zukunft gerichtete Aufgaben. Wenn dies nicht geschieht, kann es passieren, dass zum Beispiel Neonazis instinktsicher versuchen, einen nicht bearbeiteten Teil der Erinnerung für sich zu buchen. Mit dem Begriff des „Bombenholocaust“ haben sie es im Sächsischen Landtag zum 60. Jahrestag der Bombardierung Dresdens und mit den jährlichen Aufmärschen am 13. Februar in Dresden getan.

Es ist unsinnig, die Opfer der Konzentrationslager mit den Toten in den verschütteten Bombenkellern in relativierender Absicht zu vergleichen. Menschliches Leid ist es immer.

Alle, die darüber oder davon berichten, müssen nur wissen, woher das Unglück kam und wo die Verantwortung für das unermessliche Leid liegt. Man sollte nur dann

über Dresden, Hamburg, Swinemünde oder andere sinnlos bombardierte Städte reden und die Anerkennung der Fürchterlichkeit des Geschehenen als Verbrechen fordern, wenn damit nicht vergessen gemacht werden soll, dass zuerst Frauen und Kinder in Coventry, Rotterdam und Warschau im Bombenhagel starben.

Politisch wäre es zu wenig, den Zorn allein bei den Besatzungen der Bombergeschwader und ihren Befehlsgewehrn abzuladen und nicht zugleich den langen Weg deutscher Verantwortlichkeiten für dieses Desaster zu erinnern.

Der Bombenkrieg hat in Deutschland eine starke Wirkung in der Erinnerung und im Diskurs über den Zweiten Weltkrieg hinterlassen, wenngleich die Zahl der unmittelbar Getöteten mit „nur“ gut 600 000 angegeben wird. Während des Krieges waren die Dörfer und kleineren Städte durch die Ausweichbesuche von Bekannten und Verwandten, die Verlegung von Schulklassen ins Geschehen involviert.<sup>16)</sup> Nach dem Krieg haben sich lange Jahre die völlig zerstörten Städte tief ins Gedächtnis eingegraben.

### **c) Die Opfer des Stalinismus**

Mit der Einheit Deutschlands hat die Erinnerungskultur in Deutschland eine zusätzliche Variante erhalten. Konnten sich in den westlichen Zonen und der Bundesrepublik nach 1945 im Rahmen demokratischer Staatsbildung die Freiheitsrechte entwickeln, war dies in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR nach

Kriegsende nur im Rahmen der von der Sowjetunion geduldeten kommunistischen Herrschaft möglich. Deshalb hat es in der DDR Tausende von Inhaftierten, eine nicht bekannte Zahl von Verschleppten und Hingerichteten gegeben. Die Erinnerung an ihr Schicksal und die politischen Zusammenhänge, denen sie geschuldet sind, gehören zweifellos in das Thema Erinnerungskultur.

Allerdings ist es höchst problematisch und geradezu fahrlässig, die Verfolgung in der DDR mit der Verfolgung und den Verbrechen der NS-Herrschaft gleichzusetzen, wie es in der politischen Instrumentalisierung der Totalitarismus-Theorie geschieht. Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat gegen diese Tendenz sehr früh heftig protestiert. Die beschlossene Gesamtkonzeption für die Förderung von Erinnerungsstätten wird an der Lösung dieses Problems gemessen.

Ein Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 2001 hat versucht, als national bedeutsame Stätten der Erinnerung jeweils acht Orte der Verfolgung durch die Nazis und die DDR zu definieren und dafür Bundesgelder zu reklamieren. Dies sollte etwa in der Rechnung geschehen:  
Bergen-Belsen = Bautzen,  
Dachau = Hohenschönhausen,  
Ravensbrück = Roter Ochse in Halle usw.<sup>17)</sup>

Das war offensichtlich der Versuch, die Totalitarismusthese links = rechts in eine parallele Opferwertung zu überführen. Ganz gleich, ob man damit eine Relativierung der Opfer des Nationalsozialismus oder eine Auf-

wertung der DDR-Opfer bezweckte, ein solcher Denkansatz ist menschlich und politisch unangemessen und oberflächlich.<sup>18)</sup>

Man kann selbstverständlich nicht mit den Verfolgten, Inhaftierten und Gezeichneten der DDR-Zeit über die Vergleichbarkeit oder Unterschiede zur Verfolgung und industriellen Tötung in der NS-Zeit reden. Das Ansinnen ist an sich unsinnig. Aber sie brauchen eine eigene Würdigung, denn der Verfolgungszusammenhang ist ein jeweils anderer, wenn auch, auf das Individuum bezogen, die Scheußlichkeit einzelner Vorgänge nicht verkleinert werden darf.

In eine Typologie der Erinnerungskulturen gehört jedenfalls dieser Sachverhalt auch, wenngleich er quantitativ und regional viel geringere Dimensionen hat als die vorher behandelten Opfergruppen.

#### **d) Die Zwangsarbeiter**

In den unmittelbaren Zusammenhang mit dem Krieg gehört das Schicksal der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Deutschland. Es waren wohl schließlich mehr als zehn Millionen Menschen aus fast ganz Europa. Sie haben in der deutschen Erinnerung keinen festen Platz, da sie, wenn sie überlebten, in der Regel nach 1945 nicht mehr in Deutschland waren und deswegen kaum unbequeme Fragen gestellt wurden.

Auf den Friedhöfen in ganz Deutschland liegen allerdings diejenigen, die in der Zwangsarbeiterschaft ver-

starben, einschließlich der Kinder, die den Zwangsarbeiterinnen nach der Geburt weggenommen worden waren.<sup>19)</sup>

Es ist sicher gut zu wissen, dass es sich hierbei um höchst unterschiedliche Personengruppen handelt:

- die in den Konzentrationslager Inhaftierten, die der Vernichtung durch Arbeit ausgeliefert wurden;
- die Militärinternierten, die unter schlechten Wohnverhältnissen, schlechter Verpflegung und fahrlässigen ausbeuterischen Arbeitsverhältnis litten; hier gab es unterschiedliche Behandlungsweisen für Italiener, Franzosen, Polen, Russen und andere;
- die in der Industrie, meistens rüstungswirtschaftlicher Bestimmung, eingesetzten Personen;
- die in der Landwirtschaft Arbeitenden mit unterschiedlichen Erfahrungen mit ihren deutschen Arbeitgebern.

Insgesamt kann man durchaus von einer herzlosen Erinnerung an diese Menschen sprechen. Dem widersprechen auch nicht die Beispiele individuell anrührender Anhänglichkeit, die sich nach 1990 zeigte, als ehemalige Zwangsarbeiterinnen oder Zwangsarbeiter vermehrt nach Deutschland kamen. Daneben steht die Erfahrung extremer Ungerechtigkeit und Qual und juristischer Verbrechen.<sup>20)</sup>

Die Debatte um die Entschädigung der noch lebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nach 1998 hat zu einer späten, für die meisten zu späten, Anerkennung des ihnen zugefügten Unrechts geführt.

### **e) Die Soldaten als Kriegsgefangene**

Eine ganz andere Qualität hat die Erinnerung an die beteiligten Soldaten, wobei zwischen ihrem Status als Kriegsgefangene (jeder Seite) und als Angehörige einer im Einsatz befindlichen Truppe zu unterscheiden ist.

Über die menschenverachtende Behandlung vor allem der sowjetischen Kriegsgefangenen, durchgeführt und im Kern niemals widersprochen durch die Wehrmacht, muss man in Deutschland im Zusammenhang mit den unter II, 2 genannten Opfern reden. In Niedersachsen liegen in Hoersten, Wietzendorf, Oerbke und Sandbostel etwa 100 000 im Lager verhungerte, an Fleckfieber erkrankte und erfrorene sowjetische Soldaten. Sie kreppten manchmal vor den Augen der deutschen Bevölkerung im Winter 1941/42 (wie zum Beispiel in Fallingbostel-Oerbke). In Zeithain bei Riesa liegen mehr als 30 000 sowjetische Kriegsgefangene begraben. In der Nähe von Magdeburg gibt es bis heute keinen Friedhof für die dort Umgekommenen. Die meisten von ihnen sind in riesigen Lagern im freien Feld hinter der Front in der Sowjetunion umgekommen.<sup>21)</sup>

Ihre Namen, die die Wehrmacht akribisch verzeichnet hatte und die über die Westalliierten an die Sowjetregierung übergeben worden waren, werden erst seit 1991

den Angehörigen mitgeteilt, sofern dies noch möglich ist. Die sowjetischen Regierungen seit Stalin hatten die Angehörigen über den Tod ihrer Verwandten nie unterrichtet. Gefangene sowjetische Soldaten galten als nicht tapfer und wurden diskriminiert.

Als der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Sommer 2005 erstmals in Twer vor mehr als 600 Teilnehmern Todesurkunden von in Deutschland umgekommenen Kriegsgefangenen an Angehörige aushändigte, war dies von großer emotionaler Anteilnahme begleitet. Eine solche Aktion wiederholt sich jedes Jahr. Dies ist ein symbolischer Akt von nicht zu unterschätzender seelischer Tiefe und Symbolik.

Dieselben Geschichten kann man jetzt umgekehrt erzählen. Deutsche Kriegsgefangene wurden zu Hunderttausenden in die Zwangsarbeit getrieben, nach Sibirien verschleppt, in Eis und Kälte zu Tode gebracht oder kamen bei Kanalarbeiten um. Für die einzelnen Gefangenen war es letztlich egal, wer die Verantwortung für ihr Sterben trug. Opfer wurden sie alle.

Für uns Nachgeborene ist es allerdings wichtig, in Erinnerung zu behalten, dass es offenbar möglich war, trotz aller internationalen Abkommen über Kriegsgefangene Millionen Menschen absichtlich in den Tod zu treiben. Man sollte im Kopf behalten, dass eine solche menschliche Verrohung im Kopf, also beim Denken beginnt, und nicht erst dann, wenn die Granaten und Bomben fallen.

Jedenfalls sind die Tränen russischer Mütter über ihre umgekommenen Söhne nicht weniger wert als die deutscher Mütter. Aber wahr ist, dass alle Tränen die unmittelbaren und mittelbaren Folgen einer völkermörderischen Politik waren.

Alle Kriegsgefangenen waren „Material“ für andere Zwecke: zunächst zu „teuer“ hinsichtlich der Ernährung, dann begehrt als Arbeitskräfte. Auf deutscher wie sowjetischer Seite wurden die Regeln des Internationalen Roten Kreuzes für die Behandlung der Kriegsgefangenen der jeweils anderen Seite nicht beachtet.

Im Fall der Kriegsgefangenen ist die moralisch-politische Bewertung ziemlich eindeutig. Sie sind im konkreten Fall Opfer. Ob sie in der Zeit vor der Gefangennahme sich etwas zu schulden kommen ließen, bedarf einer gesonderten Betrachtung.

In Deutschland ist die Erinnerung an die deutschen Kriegsgefangenen verständlicherweise intensiv gepflegt worden. Die Erinnerung an die Russen musste erst erarbeitet werden und hat in der Breite der Bevölkerung keine wirkliche Resonanz. Ihre Gräber in Deutschland werden in der Regel offiziell gepflegt, ihre Namen kennt kaum jemand. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge erarbeitet in manchen Bundesländern gemeinsam mit Jugendlichen und Schulen Geschichts- und Erinnerungstafeln, um auch an ihr Schicksal zu erinnern. Bei der Veranstaltung zum 50. Jahrestag der Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen 1955 hat Bundespräsident Köhler am 12. Oktober 2005 in Friedland

auf die Behandlung der Kriegsgefangenen kurz hingewiesen: „... mehr als drei Millionen Rotarmisten sind in deutscher Gefangenschaft gestorben oder gar ermordet worden, und mehr als eine Million deutsche Soldaten sind in sowjetischer Gefangenschaft umgekommen.“<sup>(22)</sup>

## **f) Die Soldaten als Gefallene (privater und öffentlicher Tod)**

Der komplizierteste Erinnerungsfall sind die aktiven und die gefallenen Soldaten. Ich möchte mich im Folgenden auf die etwa fünf Millionen gefallenen deutschen Soldaten beschränken. Etwa 13 Millionen standen unter Waffen, zählt man die ausländischen Truppen (Ungarn, Italiener, Rumänen sowie in der Waffen-SS) und die zum Ende des Krieges notdürftig ausgerüsteten sogenannten Volkssturmmänner dazu, waren es etwa 19 Millionen.

Zwei Millionen der gefallenen Soldaten liegen auf mehr als 800 Friedhöfen in mehr als 40 Ländern. Seit 1990 sind im Osten (das heißt in Mittel- und Südosteuropa und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion) die Gebeine von etwa 550 000 Kriegstoten gefunden und viele identifiziert worden. Zwei Millionen liegen noch irgendwo zwischen dem Weißen und Schwarzen Meer.

In fast jeder Gemeinde Deutschlands erinnern Kriegerdenkmale oder Tafeln in Kirchen an die Gefallenen einer Ortschaft, die im Ersten und Zweiten Weltkrieg gefallen oder vermisst sind. In den neuen Bundesländern hat man nach 1990 vielfach die Namen der im Zweiten Weltkrieg

Gefallenen in die Denkmale für die des Ersten Weltkrieges nachgetragen. Mit der Heldenrhetorik der alten Denkmale und ihrer häufig auf einen neuen Krieg hinweisenden Bedeutung und Symbolik hat man sich dabei nur selten auseinandergesetzt. Bei den notwendigen Restaurierungsmaßnahmen in den nächsten Jahren wäre hier mehr reflektierte Rücksicht wünschenswert.

Nach der Genfer Konvention und den darauf basierenden bilateralen Abkommen besteht für alle Gefallenen ein sogenanntes „dauerndes Ruherecht“. Das gilt für alle Soldaten aller Länder. Nach dem Gräbergesetz (seit 1965, seit 1993 für das vereinte Deutschland gültig) gilt dies für alle Kriegsgräber, also für alle Kriegstoten unter Einschluss der Gefangenen, der KZ-Toten, der Bombenopfer, der Vertriebenen, der Verschleppten usw. Das offizielle Totengedenken des Volksbundes berücksichtigt diesen Grundsatz.

Im Unterschied zu unseren privaten Gewohnheiten werden diese Gräber also nicht nach 20, 25 oder 30 Jahren eingeebnet bzw. aufgelassen. Es gibt heute in Deutschland etwa 15 000 kleine und größere Kriegsgräberstätten, die sich meist in kommunaler oder kirchlicher Trägerschaft befinden. In Deutschland betreut der Volksbund nur zwei große Kriegsgräberstätten, nämlich auf dem Golm auf der Insel Usedom und in Halbe, südlich von Berlin. Die Träger sind verpflichtet, diese Gräber auf Dauer zu erhalten und zu pflegen. Sie erhalten dafür einen bestimmten Geldbetrag, die sogenannte Gräberpauschale, aus dem Bundesinnenministerium.

Die Errichtung der Soldatengräber und -friedhöfe im Ausland und deren Pflege hat seit 1919 der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge übernommen. Seit den 50er Jahren tut er es im staatlichen Auftrag. Sein Etat von heute etwa 44 Millionen Euro jährlich enthält etwa 15 Prozent Steuergelder; 85 Prozent werden allein aus Spenden und anderen direkten Zuwendungen der Bevölkerung eingenommen.

Selbstverständnis, Architektur der Kriegsgräberstätten und Rhetorik des Volksbundes spiegeln die Wandlungen der Totenerinnerung seit 1919 wider: von der unreflektierten, oft religiös überhöhten Heldenverehrung bis zur mörderischen und direkten, der Kriegsvorbereitung dienenden Heldenbeschwörung in den 30er Jahren bis zur Sprache der „Versöhnung über den Gräbern“ und der praktischen Friedensarbeit mit einem starken Zweig der Jugendarbeit heute.

Im Gegensatz zu allen vorher genannten Erinnerungsfällen liegt bei der Arbeit des Volksbundes für die Anlage und Pflege der Soldatengräber im Ausland eine das ganze Land und alle Bevölkerungsschichten betreffende Problemlage vor. Bei 13 bzw. 19 Millionen Waffenträgern ist jede Familie mehrfach betroffen und deswegen auch interessiert, was man weder von den KZ-Opfern noch den politischen Gefangenen noch den Bombenopfern noch den Zwangsarbeitern noch den Flüchtlingen noch den geistig Behinderten sagen kann. Somit ist klar, dass die Arbeit an den Soldatengräbern an das Erinnerungsverständnis der Menschen in Deutschland viel näher herankommt als bei allen anderen.

Aus der Erinnerungsarbeit an die Opfer des NS-Regimes kommend und seit einigen Jahren im Volksbund engagiert, fällt mir auf, wie wenig einerseits diejenigen, die sich um die in den Kapiteln II, 2 und 3 a-d genannten Opfer kümmern bzw. sich ihnen verbunden fühlen oder betroffen sind, sich mit der Erinnerung an die Soldaten beschäftigen, und wie wenig andererseits im Volksbund grundsätzlich und mit dem Willen zur historischen, politischen und ethischen Klarheit und Einordnung des Kriegsgeschehens gedacht wird.

Ich meine nicht die aufopferungsvolle und mühsame Arbeit der Exhumierungen, Grabanlagen, Pflege usw., sondern die zu kurz kommende Beschäftigung mit dem gedanklichen historischen und politischen Kontext und den sich daraus ergebenden ethischen Fragen.

Dass dies beim Volksbund ein unaufgearbeitetes Gebiet ist, zeigt die Reaktion auf die Wehrmachtausstellung, die zwischen 1997 und 2002 mehrere Hunderttausend Besucher hatte.<sup>23)</sup> Die zu Recht in der ersten Wehrmachtausstellung kritisierten Fehler (falsch zugeordnete Bilder, überinterpretierte Texte) dienten im Volksbund vielfach als Anlass, die politischen und historisch andernorts längst exakt aufgearbeiteten Verstrickungen von Wehrmachtsteilen in die Vernichtungsaktionen außer Acht zu lassen. Ich kenne keine Stellungnahmen aus den Gremien des Volksbundes, die sich mit den wissenschaftlich erhärteten Grundaussagen der Ausstellung, dass maßgebliche Teile der Wehrmacht in die Vernichtungsaktionen verstrickt waren, beschäftigt.<sup>24)</sup> Dass dies für den Volksbund, sein Selbstverständnis und seine Re-

putation wichtig ist, belegen Konflikte um Friedhöfe in Italien, Polen und Russland, auf denen auch schwer belastete Soldaten oder Kriegsverbrecher liegen.

Die Frage, ob deutsche Soldaten nur Opfer waren oder auch Täter oder beides und wer was war, ist familiär und politisch prekär.

### **Ich möchte gern begrifflich unterscheiden zwischen dem privaten und öffentlichen Aspekt des Soldatentodes.**

Was den privaten, persönlichen Tod eines Menschen angeht, so leben wir in einem alten historischen Kulturraum, der sich in seinen Werthaltungen einem Toten gegenüber aus der Antike (vgl. Antigone von Sophokles) und dem Christentum (Auferstehungserwartung) speist. Der Kerngedanke ist: Ein toter Mensch muss ordentlich begraben werden. An diesen Ort kann sich Trauer konzentrieren. Grabschändung oder gar Leichenschändung ist ein ethisch schweres Vergehen und bis heute mit Strafe belegt. Wahrscheinlich ist diese Auffassung noch älter, geradezu archaisch.

Jemandem ein Grab vorzuenthalten gilt als eine besonders schändliche Entwürdigung. Dass es außer in Bergen-Belsen in allen Konzentrationslagern praktisch keine jüdischen Gräber gibt, weil die Opfer auf Scheiterhaufen oder in Verbrennungsöfen zu Staub und Asche vernichtet wurden, muss als eine bewusste und gezielte zusätzliche kulturelle Perfidie angesehen werden. In dem Gedicht „Todesfuge“ von Paul Celan wird dies erschüt-

ternd komprimiert so ausgedrückt: „Wir schaufeln ein Grab in den Lüften da liegt man nicht eng“.

Das Reden über die Toten kennt in unserer Kultur die Milde: „de mortuis nihil nisi bene“ – „über Tote nichts außer Gutes“ zu reden – oder christlich gewendet, dass ein Toter, was immer er getan haben mag, bereits vor seinem Richter gestanden habe. Die Schlussfolgerung daraus ist dann, dass man nicht nur die Gräber nicht anrührt, sondern die Toten ruhen lässt. Aus diesen Grundvorstellungen speist sich die moralische Rechtfertigung der Kriegsgräberarbeit. Sie ist ein humaner Dienst.

Wer dies nicht zu akzeptieren bereit ist, hat einen wesentlichen Teil unserer kulturellen Substanz nicht verstanden. Wer erlebt hat, was es für Familien bedeutet, am endlich gefundenen Grab eines Angehörigen (ganz gleich, ob man ihn kannte oder nicht) zu stehen, wird das unmittelbar einsichtig finden. Ich habe es beim Klagegesang ukrainischer Töchter von begrabenen Vätern in Oerbke bei Fallingbostal genauso erlebt wie bei den ernstesten Gesichtern deutscher Enkel in Bartossen in Masuren oder bei den betenden Angehörigen an dem Rundgrab in Rossoschka bei Wolgograd.

Damit ist über den öffentlichen Tod, den jeder Soldat ja auch gestorben ist, noch nichts gesagt. Für die deutschen Soldaten stand ihr öffentlicher Tod im Kontext eines Angriffskrieges, der im Osten entgegen allen bisherigen Kriegstraditionen erklärtermaßen ein Vernichtungskrieg sein sollte. Die Soldaten standen unter einer militärischen Führung, die das damals geltende Kriegs-

recht teilweise bewusst missachtete. Viele Soldaten konnten sich nicht vorstellen, dass die politische Führung ihres Landes, das viele zumindest seit den Rückzügen zu verteidigen glaubten, einen verbrecherischen Charakter hatte.

Die zur Rechtfertigung ihrer Kampfmoral dienenden ideologischen Versatzstücke für die Soldaten (Tapferkeitsverständnis, Missbrauch des Heldentypus, Ehrverständnis, Diskriminierungsrechtfertigungen, kultureller Dünkel, Vaterlandsverteidigung und anderes) geschahen für Zwecke, die für die Soldaten letztlich nicht durchsichtig waren. Es gab von oben bis unten verbrecherisch und verblendet handelnde Soldaten. Es gab fanatische Nationalsozialisten, vor allem unter den jungen Angehörigen der Waffen-SS, die rücksichtslos gegen sich selbst und andere agierten. Es gab, wie in jeder Armee, kriminelle und charakterlich labile Menschen, die den Krieg als Entfesselung aller zivilen Regeln im Detail noch einmal verschlimmerten.

Die Grenze zwischen „normaler operativer Kriegführung“, sei es im Angriff oder beim Rückzug, und dem Vernichtungskrieg wurde nicht überall scharf gezogen. Schließlich hat sich die Wehrmachtsführung nur selten gewehrt, dass hinter der Front die grässlichsten Mordaktionen an den von der Wehrmacht zusammengetriebenen und den Einsatzgruppen übergebenen Juden und Zivilisten geschahen, von den unscharfen Regeln der sogenannten Partisanenbekämpfung (in der Sowjetunion, Jugoslawien, Griechenland, Frankreich, Italien und anderen Ländern) ganz abgesehen.<sup>25)</sup>

Daneben gab es (bis zum Beweis des Gegenteils) mehrheitlich korrektes und fabelhaftes soldatisches Verhalten. Aber die realen Verhältnisse waren oft viel komplizierter als dass man sie mit einer nachträglichen moralischen Beurteilung richtig erfassen könnte.

Was wissen wir wirklich über die existentielle Not der sogenannten einfachen Soldaten? Willy Peter Reeses Aufzeichnungen über die sich im Laufe der Kriegsjahre wandelnden seelischen Zustände seiner selbst geben einen Eindruck davon.<sup>26)</sup> Soll man etwa die Soldaten verurteilen, die an den Seelower Höhen nach dem tagelangen Trommelfeuer der sowjetischen Artillerie sich plötzlich untergeärmelt herantorkelnden betrunkenen russischen Soldatenreihen gegenübersehen und geschossen haben, weil es keinen anderen Ausweg gab?

Jedenfalls ist es völlig unbefriedigend, hier flächendeckend mit einem Täterbegriff zu operieren, wenn keine individuelle Schuld nachgewiesen werden kann. Im Gegensatz zum persönlichen Tod ist der öffentliche Tod der Soldaten aber einem öffentlichen Raisonnement zugänglich. Wenn man dies nicht dürfte, müsste man über alle Verbrechen schweigen. Und das ist angesichts der Opfer dieses Krieges unsinnig.

Man muss gedanklich und, was den Volksbund betrifft, praktisch unterscheiden zwischen denen, die sich eindeutig verbrecherisch und völkerrechtswidrig (sei es durch Befehle oder Taten) verhalten haben, und denen, deren kriegeres Verhalten eine eindeutige Unterscheidung zwischen Täter und Opfer nicht zulassen

oder denen man individuell gar nichts vorwerfen kann. Jeder Soldat, der an konkreten Kampfhandlungen beteiligt war, kennt offenbar diese Situationen, die im Nachhinein moralisch pauschal zu beurteilen kaum gerecht sein kann.

Reinhart Kosellek hat zum 8. Mai 2005 darauf hingewiesen, dass es ein „Vetorecht der eigenen Erinnerung“ gebe.<sup>27)</sup> Er meint damit den Widerspruch gegen Wertungen der Nachgeborenen, die für einen Beteiligten so abstrakt sind, dass sie mit der eigenen Erinnerung, wenn sie wahr ist, gar nichts zu tun haben oder ihr sogar widersprechen. Daraus kann man – unabhängig von den methodischen Zweifeln, die man an die Exaktheit von Erinnerungen immer hegen muss – den Schluss ziehen, dass jede allgemeine Wertung so viel wie möglich konkrete Erinnerung umfassen und bearbeiten sollte.

Andernfalls vagabundieren sehr viel Einzelerinnerungen, die sich an völlig unakzeptable Erklärungen und Meinungen andocken oder solche produzieren. Tatsächliche Erinnerungen und Erlebnisse sind nicht auslöschar, aber ihre Deutung ist veränderbar.

Der Volksbund wird sich in den kommenden Jahren mit der Tatsache auseinandersetzen müssen, dass es Soldatenfriedhöfe gibt, auf denen auch nachgewiesene Kriegsverbrecher und schlimmste Mörder liegen. In Costermano am Gardasee ist dies nachgewiesen. Da es unredlich wäre, diese Gräber einzuebnen, sollte auf Geschichts- und Erinnerungstafeln darauf hingewiesen werden, worum es sich handelt. Es ist sinnvoll und der

Pietät angemessen, das Andenken an die meist Tausende von Gefallenen nicht durch die nachgewiesenen Verbrecher schänden zu lassen.

Der Volksbund versucht dieser komplizierten und komplexen Erinnerungsarbeit durch konkrete Projekte gerecht zu werden:

- in seinen fünf Jugendbegegnungsstätten,
- in der Schularbeit,
- in der Erarbeitung von Geschichts- und Erinnerungstafeln an den Kriegsgräberstätten im In- und Ausland,
- in der Verallgemeinerung der Betroffenheit,
- in der Eindeutigkeit der historischen und aktuellen Wertung gegen Krieg, Gewalt und Unterdrückung,
- durch Workcamps auf Kriegsgräberstätten.

Das allgemeine Totengedenken des Volksbundes am Volkstrauertag, das in der vom jeweils amtierenden Bundespräsidenten gebilligten Fassung gelesen wird, gilt daher seit langem nicht nur den gefallenen deutschen Soldaten, sondern allen Opfern von Krieg und Gewalt.

Man muss wissen, dass über jedem deutschen Soldatenfriedhof der direkte oder indirekte Schatten des Angriffskrieges und des Holocaust liegt. Auch dann, wenn auf einem Friedhof niemand liegt, der auch nur den

Hauch einer Schuld auf sich geladen hat, so hat gerade die Tapferkeit deutscher Soldaten dazu beigetragen, dass die Gaskammern in Auschwitz länger in Betrieb sein konnten. Dies ist keine individuelle Schuld, sondern unausweichliche Tragik, also historische Verstrickung, aus der es kein individuelles Entrinnen gab.<sup>28)</sup>

Gerade darum ist das Gedenken an die einzelnen Soldaten nötig, als Mahnung oder Warnung.

#### **4. Bedeutung der verschiedenen Erinnerungskulturen in Deutschland**

Was bedeuten die verschiedenen Erinnerungskulturen in Deutschland? Ist es sinnvoll, dass jede Gruppe nur ihre Toten betrauert?

Wer aus der Geschichte lernen will, muss zunächst die Würde der jeweils eigenen und anderen Erinnerung und Trauer akzeptieren und respektieren.

Begriffen, und das heißt gelernt, ist das aber nur dann, wenn man das Eigene in allgemeine Zusammenhänge stellen und als gültig kennzeichnen kann. In einer Demokratie ist das immer ein Prozess, der Offenheit voraussetzt und verlangt.

Noch pflegen viele Engagierte und Betroffene ihre jeweils eigenen „Erinnerungsgärten“. Sie haben noch nicht gelernt, dass der Blick in Nachbars Garten hilfreich sein kann für die Bearbeitung des eigenen Bodens. Dies zu tun wäre eine Agenda.

Peter Glotz hat das wenige Wochen vor seinem Tod so formuliert: „Jedes Volk ist eine vertrackte Mischung aus Tätern, Mittätern, Mitläufern und Opfern. Wir haben nie bezweifelt, dass das deutsche Volk im Griff Hitlers viel zu viele Täter, Mittäter und Mitläufer hatte. Das ist aber kein Grund, der deutschen Opfer, die es eben auch gab, nicht zu gedenken.“<sup>29</sup>

Ich halte es für notwendig, um die Terminologie von Aleida Assmann wieder aufzunehmen, die aus den individuellen Erinnerungen und familiären Erzählungen gespeisten Vorstellungen sich nicht erschöpfen zu lassen in ihren Teil-Erinnerungskulturen.

Sie müssen aufbewahrt werden, weil sie jedes menschliche Leiden widerspiegeln, aber auch zugleich hinaufgehoben werden in ein allgemeines kulturell-politisches Gedächtnis, das im Respekt vor dem einzelnen Leid und Tod die Verantwortlichkeiten nicht vergisst und daraus seine Wertungen zieht.

Das dauernde Ruherecht aller Soldaten und der Kriegs- und Verfolgungsoffer hat nur dann Sinn, wenn die Trauer über den Einzelnen sich über die Generationen hinweg zu einer erhöhten Sensibilität für die Bewahrung des Friedens und seiner Voraussetzungen transformieren lässt.



### III. Schlussfolgerungen für die zukünftige Arbeit des Volksbundes



Welche Sicht und Aufgabenstellungen lassen sich aus diesen Überlegungen für die zukünftige Arbeit des Volksbundes gewinnen?

## **1. Klassische Aufgaben**

Es bedarf keiner Änderung der Grundsatzentscheidung, dass es die satzungsgemäße Hauptaufgabe des Volksbundes bleibt, im Ausland Sammelfriedhöfe anzulegen, um möglichst viele Gebeine zu bergen und zu identifizieren und anschließend in würdige, erreichbare und zu pflegende Friedhöfe zu überführen. Die damit zusammenhängenden Fragen der statistischen Bearbeitung, der Angehörigensuche und -betreuung bleiben bestehen.

Es bleibt aber bisher nicht ausreichend diskutiert und entschieden, was aus den deutschen Kriegsgefangenen-Gräbern bzw. -friedhöfen vor allem in der ehemaligen Sowjetunion wird. Diese sind in der Regel bekannt, aber schwer zugänglich, weil sie bis weit nach Sibirien und im Norden liegen. Die sowjetischen Behörden haben die Namen erfasst. Die Akten liegen in Podolsk. So ist zum Beispiel in der Stadt Perm bekannt, dass es dort mehr als zehn deutsche Kriegsgefangenenfriedhöfe gibt. Bei den Planungen zur Erweiterung der Stadt besteht die Gefahr, dass diese überbaut werden.

Der Volksbund kann es sich nicht leisten, in tote deutsche Soldaten erster und zweiter Klasse zu unterscheiden. Hinzu kommen die Vermissten, im Grunde Tote dritter Klasse. Es bedarf einer neuen Grundsatzent-

scheidung, eventuell in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt, wie man mit den bekannten Grabstätten der Kriegsgefangenen verfahren will.

## **2. Bildungsaufgaben**

Es stellt sich die Frage, welche Rolle der Volksbund im Konzert der Organisationen und Institutionen spielen muss, die sich mit Fragen der Erinnerungskultur in Deutschland beschäftigen. Was ist in diesem Diskurs der spezifische Beitrag des Volksbundes, gleichsam das Alleinstellungsmerkmal? Dies ist das Kriegsgrab, weil es neben den restaurierten ehemaligen Stätten der Verfolgung (KZ) und einigen zu Demonstrationszwecken erhaltenen Ruinen die einzigen materiellen Hinterlassenschaften des Krieges sind. Eine neue, in ihrem Umfang nicht einschätzbare Aufgabe erwächst dem Volksbund, wenn man, wie Ende 2008 in Marienburg, auf Massengräber stößt, in denen offenbar zivile Kriegstote liegen. Die Aufgabe besteht auch dann, wenn die näheren Todesumstände noch nicht geklärt sind.

Ihr didaktisches Potenzial ist nicht mit der Erzeugung von Betroffenheit erschöpft, sondern bedarf neuer gedanklicher Anstrengung. Da der private Tod nach zwei Generationen in der Regel vergessen ist, bleibt der öffentlich gestorbene Tod der Kriegsoffer weiterhin politisch diskussionswürdig.

In diesem Sinne kann der Volksbund glaubwürdig auch gegen die politische Einvernahme der deutschen Wehrmachtssoldaten durch die Rechtsextremisten und die

NPD argumentieren. Der Volksbund kann und muss differenziert den Schulddiskurs führen und auch dilemmatische Situationen, in denen Soldaten standen und nur unangenehme Entscheidungen treffen konnten, beschreiben.

Der Volksbund kann mit Stolz darauf verweisen, dass er seit Jahrzehnten viele Tausend Jugendliche in sogenannten Workcamps auf Kriegsgräberstätten geführt hat, um dort in der praktischen Sanierungstätigkeit und Pflege der Gräber politische und historische Bildung zu betreiben. In den vier großen Jugendbegegnungsstätten wird nach neuesten didaktischen Konzepten gearbeitet. Diese Arbeit hat Vorbildcharakter, wenn sie sich der jeweils aktuellen Erkenntnisse bedient.

### **3. Europäische Erinnerungskulturen**

Die weitere Entwicklung der europäischen Einheit macht es notwendig, die europäischen Feinddiskussionen im Zeitalter der Nationalismen aufzuarbeiten. Fast jede europäische Nation hat im Zuge der Nationalstaatsbildung ihre Rolle so überhöht, dass das Nationale zu übersteigertem Nationalismus und Chauvinismus geführt hat. Im Prozess der Bildung neuer Staaten nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens und der Sowjetunion ist kenntlich geworden, wie viel unterdrückter Stolz und verletzte Nationalehre noch aufzuarbeiten ist.

Bezogen auf den Krieg stellt sich in den von Deutschland überfallenen Ländern die Erinnerung an militärische Vergangenheit sehr komplex dar. So sehr man die Befreiung

von Deutschland oder mit Deutschland kooperierenden Regime begrüßte, so sehr musste man feststellen, dass die Einverleibung in die Sowjetunion oder die etablierte Herrschaft kommunistischer Regime bürgerliche Freiheiten und Selbstbestimmungsrecht verhinderten.

Dennoch ist die Mentalität der Sieger immer anders als die der Verlierer. Es gibt keine Problematisierung der Siegererinnerung und der Kollaboration. In Polen kann man beispielsweise bis heute noch der Überzeugung begegnen, dass ein für Polen gefallener Soldat unmittelbar zu Gott komme.

Die jahrzehntelang in Deutschland geführte Diskussion um den Charakter des Zweiten Weltkrieges und die Unbestreitbarkeit der deutschen Alleinschuld macht den Weg frei für differenzierte europäische Diskussionen, die in Italien, Frankreich, Kroatien, Ungarn, Rumänien, Russland, Polen, den baltischen Staaten noch zu führen sind. Es wäre aber völlig verkehrt, wollten wir Deutschen in dieser Frage als Besserwisser auftreten.

Jean-Claude Junckers, des luxemburgischen Ministerpräsidenten, so eindrücklicher Satz, dass derjenige, der an Europa zweifle, Soldatenfriedhöfe besuchen solle, ist noch kein Allgemeingut.

Eine europäische Erinnerungskultur kann nur in der Aufarbeitung der jeweils eigenen nationalen Geschichte bestehen. Erst danach ist es denkbar, unter dem Zeichen der Geltung der allgemeinen Menschenrechte die Bewahrung des Friedens erfolgreich zu gestalten.

Wie dringend, aber auch kompliziert und politisch brisant diese Frage ist, dokumentiert die im Mai 2009 veröffentlichte Titelgeschichte „Die Komplizen, Hitlers europäische Helfer beim Judenmord“ des SPIEGEL.<sup>30)</sup>

#### **4. Modernes Gedenken**

Die Diskussion um die Errichtung eines Bundeswehr-Ehrenmals für im Auslandseinsatz getötete Angehörige der Bundeswehr zeigt, dass es keine durchdiskutierte Klärung der Frage eines modernen Gedenkens in Deutschland gibt. Die verdruckteste Debatte um die Frage, ob die im Ausland getöteten Soldaten Gefallene oder nur Umgekommene sind, ist mehr als ein Streit um Worte. Dahinter steht die in Deutschland neue Fragestellung, wie wir es mit den Toten halten, die in einer für uns gerechten Sache (Kampf gegen Terrorismus) ihr Leben gelassen haben.

Der Volksbund sucht und bestattet bis heute Gebeine von Soldaten, die in einem Krieg gefallen sind, der ein ungerechter Krieg war. Wir erweisen den Toten den notwendigen persönlichen Respekt und ziehen daraus den Friedensauftrag.

Die moderne Konstellation ist anders. Darüber muss geredet werden!

Die Zukunft des Volksbundes und das Fortbestehen seines Anliegens liegt in der politisch-historisch-moralischen Friedensbotschaft, die von den Gräbern ausgehen kann. Dies muss er sich allerdings erarbeiten.



## IV. Anmerkungen



- 1) Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 3/7669 neu.
- 2) Grundlegend für die militärisch-historische und ethische Einordnung des Zweiten Weltkrieges mit der Verarbeitung der neuesten Forschung ist das zehnbändige Werk „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“, herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Der letzte Band 10,2 – Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945, hrsg. von Rolf-Dieter Müller – erschien 2008 in Stuttgart. Einen kurzen militärgeschichtlichen Überblick über den gesamten Zweiten Weltkrieg gibt Gerhard Schreiber, *Der Zweite Weltkrieg*, München 2002. Den Beitrag zur Frage von Verantwortung und Schuld im Zusammenhang des Nationalsozialismus und des Krieges, den nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutende westdeutsche Historiker geleistet bzw. nicht geleistet haben, wird in dem Buch von Nicolas Berg, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, Göttingen, 3. Aufl. 2004, detailliert aufgearbeitet.
- 3) *Wissenschaft Planung Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten. Eine Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft*, Katalog. Köln 2006.
- 4) Karl Jaspers: *Die Schuldfrage*. München 1979.
- 5) Assmann, Aleida: *Der lange Schatten der Vergangenheit*. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München 2006.
- 6) Welzer, Harald, Sabine Moller, Karoline Tschuggnall: *Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*. Frankfurt a. M. 2002.

- 7) Knigge, Volkhard, Norbert Frei, Anett Schweitzer (Hg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. Bonn 2005; darin besonders Harald Welzer: Der Holocaust im deutschen Familiengedächtnis, S. 362-378, und Reinhart Koselleck: Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, S. 21- 32.
- 8) Hartmann, Christian, Johannes Hürter, Ulrike Jureit: Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005.
- 9) Aleida Assmann a. a. O., S. 188
- 10) Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenverfolgung. München, 3. Aufl., 1987.
- 11) Cornelißen, Christoph, Lutz Klinkhammer, Wolfgang Schwentker (Hg.): Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945. Frankfurt a. M. 2003.
- 12) Ausgewählte neuere Literatur zur Vertriebenenfrage: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt 1985; Glotz, Peter: Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück. Berlin 2003; Salzborn, Samuel: Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung. Hannover 2001; Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Dez. 2002, mit dem Sonderthema „Friedensordnung Europa – Flucht und Vertreibung“; Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Flucht, Vertreibung, Integration. Bielefeld 2005.
- 13) Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. München 2008.

- 14) Bergau, Martin: Todesmarsch zur Bernsteinküste. Heidelberg 2006.
- 15) Friedrich, Jörg: Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1949-1945. München 2002; Müller, Rolf-Dieter: Der Bombenkrieg 1939-1945. Frankfurt a. M. 2004.
- 16) Creydt, Detlef: Luftkrieg im Weserbergland. Eine Chronologie der Ereignisse. Holzminden 2007.
- 17) Zur Problematik: Fatales Abwägen. In: DIE ZEIT v. 2.4.2004.
- 18) Obenaus, Herbert: Gedenkstättenarbeit in Deutschland – die Erinnerung an zwei Diktaturen. In: Jüttner, Wolfgang, Oskar Negt, Heinz Thörmer: Leitlinien politischen Handelns. Hannover 2005, S. 72-84.
- 19) Als Beispiel seien hier nur die Geschichte der umgekommenen Kinder der Zwangsarbeiterinnen im Volkswagenwerk in Wolfsburg erwähnt; Mommsen, Hans, Manfred Grieger: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich. Düsseldorf 1996, S. 758-765.
- 20) Beispielhaft Chiampo, Giuseppe: Überleben mit Stift und Papier. Aus dem Tagebuch eines Italienischen Militärinternierten im Zweiten Weltkrieg in Hilkerode/Eichsfeld. Göttingen 2004.
- 21) Streit, Christian: Keine Kameraden: Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen. Bonn 1976 und 1997; Vourkoutiotis, Vassilis: Institutionalisierte Schizophrenie: Vergleich der Behandlung von anglo-amerikanischen und sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand im Zweiten Weltkrieg. In: Zeitschrift für Weltgeschichte, Jg. 6, Heft 2/2005, S. 65-81.

- 22) Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Feier zum 50. Jahrestag der Rückkehr der letzten deutschen Gefangenen aus der UdSSR und zum 60jährigen Bestehen des Lagers Friedland am 12. Oktober 2005 im Lager Friedland. In: Bulletin der Bundesregierung Nr. 80-1 vom 12.10.2005; Riesenberger, Dieter (Hg.): Das Deutsche Rote Kreuz, Konrad Adenauer und das Kriegsgefangenenproblem. Bremen 1994.
  
- 23) Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): Katalog der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Hamburg 1996.
  
- 24) Christian Hartmann et al. a.a.O.
  
- 25) Wette, Wolfram: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden. München 2005; Heer, Hannes: Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei. Berlin 2005.
  
- 26) Reese, Willy Peter: Mir selber seltsam fremd. Die Unmenschlichkeit des Krieges. Russland 1941-44. München 2003.
  
- 27) Kosellek, Reinhart: Ich war weder Opfer noch befreit. In: Berliner Zeitung v. 7./8. Mai 2005.
  
- 28) Wittram, Reinhard: Das öffentlich Böse und das achte Gebot. In: Zukunft in der Geschichte. Zu Grenzfragen der Geschichtswissenschaft und Theologie. Göttingen 1966, S. 74. Es handelt sich beim nachfolgenden Zitat um Überlegungen des Osteuropahistorikers aus dem Jahre 1952. Wittram war als Baltendeutscher 1941 als Professor an die Reichsuniversität Posen berufen worden und galt als Nationalsozialist. Von 1955 bis 1969 war er ordentli-

cher Professor in Göttingen. Er schreibt: „Unsere Mitschuld ist immer da. Es gibt eine objektive Schuld, die von unserem guten Willen nahezu unabhängig ist. Wir, die wir zu der Massenverfemung in unserem Volk (und schließlich den Massenmorden) aus Angst oder mit Hilfe eines sublimen Selbstbetrugs oder in unverantwortlicher Ahnungslosigkeit geschwiegen haben, mögen Entschuldigungsgründe haben, aber wir sind schuldig geworden.“

- 29) Glotz, Peter: Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers. Berlin 2005, S. 37.
- 30) Der dunkle Kontinent. In: Der Spiegel vom 18.5.2009, S. 82-92.



## V. Literatur



**Assmann**, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006.

**Benz**, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt 1985.

**Berg**, Nicolas: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung. Göttingen, 3. Auflage, 2004.

**Bergau**, Martin: Todesmarsch zur Bernsteinküste. Heidelberg 2006.

**Chiampo**, Giuseppe: Überleben mit Stift und Papier. Aus dem Tagebuch eines Italienischen Militärinternierten im Zweiten Weltkrieg in Hilkerode/Eichsfeld. Göttingen 2004.

**Cornelißen**, Christoph, Lutz **Niethammer**, Wolfgang **Schwendtker** (Hg.): Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945. Frankfurt a. M. 2003.

**Creydt**, Detlef: Luftkrieg im Weserbergland. Eine Chronologie der Ereignisse. Holzminden 2007.

**Deutscher Bundestag**, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/ 7669, neu.

**Friedrich**, Jörg: Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1939-1945. München 2002.

**Glötz**, Peter: Die Vertreibung Böhmen als Lehrstück. Berlin 2003.

**Glötz**, Peter: Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers. Berlin 2005.

**Hartmann**, Christian, Johannes **Hürter**, Ulrike **Jureit**: Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte. München 2005.

**Hamburger Institut für Sozialforschung** (Hg.): Katalog der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Hamburg 1996.

**Heer**, Hannes: Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei. Berlin 2005.

**Historikerstreit**. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenverfolgung. München, 3. Aufl., 1987.

**Jaspers**, Karl: Die Schuldfrage. München 1979.

**Knigge**, Volkhard, Norbert **Frei**, Anett **Schweitzer** (Hg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. Bonn 2005.

**Köhler**, Horst: Rede bei der Feier zum 50. Jahrestag der Rückkehr der letzten deutschen Gefangenen aus der UdSSR und zum 60-jährigen Bestehen des Lagers Friedland am 12. Oktober 2005 im Lager Friedland. In: Bulletin der Bundesregierung Nr. 80-1 vom 12.10.2005.

**Kosellek**, Reinhart: Ich war weder Opfer noch befreit. In: Berliner Zeitung v. 7./8.2005.

**Militärgeschichtliches Forschungsamt** (Hg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. 10 Bände. Band 10: Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945. Herausgegeben von Rolf- Dieter Müller, Stuttgart 2008.

**Kossert**, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. München 2008.

**Mommsen**, Hans, Manfred **Grieger**: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich. Düsseldorf 1996.

**Müller**, Rolf Dieter: Der Bombenkrieg 1939-1945. Frankfurt a. M. 2004.

**Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte**, Dez 2002: Friedensordnung Europa – Flucht und Vertreibung.

**Obenaus**, Herbert: Gedenkstättenarbeit in Deutschland – Die Erinnerung an zwei Diktaturen. In: **Jüttner**, Wolfgang, Oskar **Negt**, Heinz **Thörmer**: Leitlinien politischen Handelns. Hannover 2005, S. 72-84.

**Reese**, Willy-Peter: Mir selber seltsam fremd. Die Unmenschlichkeit des Krieges. Russland 1941-1944. München 2003.

**Riesenberger**, Dieter (Hg.): Das Deutsche Rote Kreuz, Konrad Adenauer und das Kriegsgefangenenproblem. Bremen 1994.

**Salzborn**, Samuel: Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung. Hannover 2001.

**Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik** (Hg.): Flucht, Vertreibung, Integration. Bielefeld, 2005.

**Schreiber**, Gerhard: Der Zweite Weltkrieg. München 2002.

**Streit**, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen. Bonn 1976 und 1997.

**Vourkoutiotis**, Vassilis: Institutionelle Schizophrenie: Vergleich der Behandlung von anglo-amerikanischen und sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand im Zweiten

Weltkrieg. In: Zeitschrift für Weltgeschichte, Jg. 6, Heft 2/2005, S. 65-81.

**Wissenschaft Planung Vertreibung.** Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten. Eine Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Katalog. Köln 2006.

**Welzer, Harald, Sabine Moller, Karolina Tschuggnall:** Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt a. M. 2002.

**Wette, Wolfram:** Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden. München 2005.

**Wittram, Reinhard:** Das öffentlich Böse und das achte Gebot. In: Die Zukunft in der Geschichte. Zu Grenzfragen der Geschichtswissenschaft und Theologie. Göttingen 1966.

### **Ergänzende, leicht erreichbare wichtige Literatur:**

**Aly, Götz:** Hitlers Volksstaat. München 2005.

**Assmus, Burkhard, Hans Martin Hinz:** Zum Umgang mit historischen Stätten aus der Zeit des Nationalsozialismus. Berlin 2000.

**Frei, Norbert:** Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1999.

**Wolfrum, Edgar:** Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung. Göttingen 2001.

### **Zu einzelnen Ländern:**

**Böhler, Jochen:** Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939. Frankfurt a. M. 2006.

**Lieb, Peter:** Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? Kriegführung oder Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44. München 2008.

**Schreiber, Gerhard:** Deutsche Kriegsverbrechen in Italien. Täter, Opfer, Strafverfolgung. München 1996.

### **Andere Literatur:**

**„Für Demokratie“** – Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ (Vorstand, Beirat und Mitgliedschaft weisen namhafte Vertreter der Parteien im Bundestag, der Wissenschaft, der Kirchen und Verbände aus).

**Hürter, Johannes:** Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42. München 2006.

**Müller, Sven Oliver:** Deutsche Soldaten und ihre Feinde. Nationalismus an Front und Heimatfront im Zweiten Weltkrieg. Frankfurt a. M. 2007.

**Perels, Joachim, Rolf Pohl (Hg.):** NS-Täter in der deutschen Gesellschaft. Hannover 2002.

**Ueberschär, Ellen (Hg.):** Soldaten und andere Opfer? Die Täter-Opfer-Problematik in der deutschen Erinnerungskultur und das Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Loccum 2007 (= Loccumer Protokolle 73/2005).

**Walser, Martin:** Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede. Frankfurt a. M. 1998.



## VI. Weitere Publikationen des Volksbundes

## 1. Buchreihe Volksbund Forum

Band 1: Darf der Rote Baron wieder Held sein? Politisch-wissenschaftliches Kolloquium in der Jerusalemkirche, Berlin, 16. Oktober 2008. Tagungsdokumentation. Kassel 2008.

## 2. Bücher für Freunde und Förderer

Band 1: Erzählen ist Erinnern. Kurzgeschichten aus 80 Jahren Volksbund. Kassel 1999.

Band 2: Schicksal in Zahlen (siehe Band 7). Kassel 2000.  
*Vergriffen!*

Band 3: Vor Leningrad. Wolfgang Buff - Kriegstagebuch Ost. 29. September 1941 - 1. September 1942. Kassel 2000/2005.

Band 4: Menschen wie wir ... Teil I. Erinnerung an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001.

Band 5: Menschen wie wir ... Teil II. Erinnerung an geliebte Menschen. Kassel 2001/2002.

Band 6: Weihnachtsgeschichten aus schwerer Zeit (1). Erzählt von Freunden und Förderern des Volksbundes. Kassel 2002/2003/2006.

Band 7: Schicksal in Zahlen. Informationen über die weltweite Arbeit des Volksbundes und Verzeichnis der deutschen Kriegsgräberstätten. Kassel 2004.

Band 8: Stille Nacht, Heilige Nacht. Weihnachtsgeschichten aus schwerer Zeit (2). Kassel 2004/2005/2008.

Band 9: „Krieg ist nicht an einem Tag vorbei!“ 60 Jahre Kriegsende – Erlebnisberichte von Freunden und Förderern des Volksbundes. Kassel 2005/2008.

Band 10: Narben bleiben. Die Arbeit der Suchdienste – 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Kassel 2005/2008.

Band 11: Unter den Sternen. Weihnachtsgeschichten aus schwerer Zeit (3). Kassel 2006.

Band 12: Namen für Rossoschka. Schicksale aus Stalingrad. Kassel 2007/2008.

Band 13: Niemand den man liebt, ist jemals tot. Spurensuche nach deutschen Gefallenen. Kassel 2007.

Band 14: Treibgut des Krieges. Zeugnisse von Flucht und Vertreibung der Deutschen. Kassel 2008 (hg. gemeinsam mit dem Frauenverband im Bund der Vertriebenen).

Band 15: Der Frieden braucht viele kleine Schritte. Pressefahrten des Landesverbandes Bayern 1955 - 2008. Kassel 2009.

### **3. Autorenbuchreihe „Erzählen ist Erinnern“**

Seit 2002 bietet der Volksbund in Kooperation mit einer Druckerei die Möglichkeit an, Bücher in kleinen Auflagen drucken und in der Buchreihe „Erzählen ist Erinnern“ erscheinen zu lassen (Kosten tragen die Autoren selbst). Der Inhalt der Bücher muss jeweils in Bezug zur Arbeit des Volksbundes stehen. Die Reihe umfasst bis jetzt 93 Bände (Stand: Frühjahr 2009). Die Liste erschienener Bücher mit Bestelladressen kann beim Volksbund angefordert werden; diese Bücher können beim Volksbund leider nicht bestellt werden.

# Impressum

## **Herausgeber**

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.  
Werner-Hilpert-Straße 2, 34112 Kassel

Telefon: 0561-7009-0

Telefax: 0561-7009-221

E-Mail: [info@volksbund.de](mailto:info@volksbund.de)

Internet: [www.volksbund.de](http://www.volksbund.de), [www.volksbund-forum.de](http://www.volksbund-forum.de)

## **Spendenkonto**

Konto 3 222 999, Commerzbank Kassel,  
BLZ 520 400 21

## **Verantwortlich**

Rainer Ruff, Generalsekretär

(Die Verantwortung für den Inhalt tragen die Autorinnen und Autoren der Buchreihe.)

## **Redaktion**

Dr. Martin Dodenhoeft

## **Gestaltung und Satz**

Katja Behrmann, Dr. Martin Dodenhoeft

## **Druck**

GGP media on demand, Pöbneck, 2009

---

### **Gefördert durch:**

Lützowufer 1, 10785 Berlin  
[www.GedenkenundFrieden.de](http://www.GedenkenundFrieden.de)  
[info@GedenkenundFrieden.de](mailto:info@GedenkenundFrieden.de)  
Tel. 0800 - 7777 - 001  
Fax 0561 - 7009 - 221



**Stiftung  
Gedenken  
und  
Frieden**



Die Buchreihe Volksbund *Forum*, deren zweiter Band hiermit vorgelegt wird, dient der Dokumentation inhaltlicher Reflexionen zum komplexen Themenfeld der europäischen Erinnerungs- und Gedenkkulturen. Volksbund *Forum* ist Plattform für Denkansätze zur inhaltlichen Weiterentwicklung der Arbeit des Volksbundes und für den fruchtbaren Austausch von Ideen und Erkenntnissen.

Prof. Rolf Wernstedt, Landesvorsitzender des Volksbundes in Niedersachsen, setzt sich mit den verschiedenen Erinnerungskulturen in Deutschland auseinander und leitet daraus seine Schlussfolgerungen für die zukünftige Arbeit des Volksbundes ab.

### Über den Autor

Rolf Wernstedt, geb. 1940 in Hamburg, aufgewachsen in Tangeln, Kreis Salzwedel.

**Bildung und Beruf:** Abitur 1958 in der DDR, Flucht in die Bundesrepublik, Studium der Geschichte, der Philosophie und der Lateinischen Philologie in Göttingen und Heidelberg, 1966 und 1968 1. und 2. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien. Schuldienst in Göttingen und Hannover bis 1972, 1972 bis 1974 Akademischer Rat an der Pädagogischen Hochschule Braunschweig, seit 1975 Lehrbeauftragter für politische Wissenschaft und ihre Didaktik an der Universität Hannover, seit 1989 bis heute Honorarprofessor an der Leibniz-Universität Hannover. **Politik:** Mitglied der SPD; Mitglied des Niedersächsischen Landtages 1974 bis 2003, 1990 bis 1998 Niedersächsischer Kultusminister, 1997 Präsident der Kultusministerkonferenz, 1998 bis 2003 Präsident des Niedersächsischen Landtages. **Volksbund:** Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen.

